

über
Dezernat I
Herrn Oberbürgermeister Diehl

über
Stadtverordnetenvorsteherin
Frau Thiels

dem Ältestenausschuss

Der Magistrat

**Dezernat für Gesundheit,
Personal und Organisation**

Stadtrat Detlev Bendel

23. Januar 2006

Bericht an den Ältestenausschuss (Beschlüsse-Nr. 0069 vom 15.12.2005 und 0056 vom 28.11.2005) im Kontext des Antrages-Nr. 05-F-06-0010 des Fraktionsstatusinhabers „Linke Liste Wiesbaden“ (LiLi) vom 12.7.2005:

„Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Aussagekraft des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWi)“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die beiden Applikationen „Politisches Informationssystem Wiesbaden“ im Internet und „WinKoSi-Info“ im städtischen Netz basieren technologisch untrennbar auf dem Kernsystem WinKoSi 4.3. Für das Sitzungsdienstverfahren WinKoSi 4.3, mittels dessen die Geschäftsstellen der Gremien die politischen und administrativen Geschäftsprozesse digital abwickeln, läuft seit Mai 2005 eine zwingend notwendige und komplexe technologische Migration (vgl. Sitzungsvorlage-Nr. 05-V-05-0007 vom 18.05.05; Migration des Kernsystems WinKoSi 4.3 aufgrund technologischer Veralterung).

Aufgrund dieser laufenden Aktivitäten, die voraussichtlich nicht vor dem 4. Quartal 2006 beendet sind, und der bestehenden unmittelbaren Interaktionen zwischen Kernsystem WinKoSi 4.3 und dem PIWi können bis zum endgültigen Abschluss der aktuellen Projektarbeiten keine inhaltlichen und funktionalen Veränderungen am Politischen Informationssystem Wiesbaden durchgeführt werden.

Zu den im oben genannten Antrag der Linken Liste Wiesbaden aufgeführten „Vorschlägen“ nehme ich wie folgt Stellung:

Antragstext:

1. Die Fragen der Stadtverordneten zur Fragestunde in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und die Antworten des Magistrats sind in das PIWi aufzunehmen und dort zu veröffentlichen.

Die praktische Abwicklung der Fragestunde im Rahmen einer Stadtverordnetenversammlung wird von den Beschäftigten des Büros der Stadtverordnetenversammlung unter anderem aus arbeitsorganisatorischen Gründen außerhalb des Sitzungsdienstverfahrens WinKoSi 4.3 durchgeführt, so dass das „DV-technische Objekt Fragestunde“ nicht als notwendige Funktion im Kernsystem vorhanden ist und daher auch nicht für einen digitalen Datentransfer in das Politische Informationssystem Wiesbaden zur Verfügung steht.

Antragstext:

2. Jede vom Magistrat (in Stadtverordnetenversammlung, Ausschüsse, Ortsbeiräte) eingebrachte öffentliche Sitzungsvorlage wird in vollem Wortlaut und – falls vorhanden – mit den dazugehörigen Anlagen, Berichten und Gutachten öffentlich gemacht.

Politische Informationssysteme enthalten in der Regel umfangreiche personenbezogene Daten, zum Beispiel Daten der politisch aktiven Mandatsträger oder Daten von Bürgerinnen und Bürgern, die bei der Kommunikation mit der Verwaltung und bei der Vorgangsbearbeitung anfallen und oft in Sitzungsvorlagen, Anlagen, Berichten, Gutachten, etc. enthalten sind.

In der Stadt Wiesbaden gibt es bislang keine Vorgaben durch die politischen Gremien, wie personenbezogene Daten zum Beispiel durch die Ersteller einer Sitzungsvorlage im Hinblick auf eine digitalisierte Veröffentlichung rechtlich abgesichert zu behandeln sind.

Die Vorbereitung notwendiger Reorganisationsmaßnahmen (wie zum Beispiel stadtweiter Verzicht auf personenbezogene Daten in Sitzungsvorlagen, Beschlüssen oder Anträgen bzw. eine Anonymisierung/Pseudonymisierung von personenbezogenen Daten) bedürfte eines stadtweiten Konsens und zu erarbeitender detaillierter politisch legitimer Regelungen für die Verwaltung, welches personell nicht von der Projektorganisation WinKoSi geleistet werden kann. Diese Veränderungen würden zudem unter anderen auch zwangsläufig zu Modifizierungen bei der bislang gewohnten „Papierkultur“ der ehrenamtlichen Mandatsträger führen, da sich solche Reorganisationsmaßnahmen im Ergebnis auch hier niederschlagen.

Es ist evident, dass die Klärung einer solchen Problematik nicht über das Medium „Politisches Informationssystem“ erfolgen kann, denn die dv-technische Umsetzung sollte grundsätzlich möglich sein; dies verbunden mit daraus entstehendem Realisierungsaufwand.

Antragstext:

3. Jede vom Magistrat eingebrachte öffentliche Sitzungsvorlage enthält Angaben zum einreichenden Dezernat, zu Ansprechpartner/in und zur Erreichbarkeit der-/desselben.

Durch Ziffer 2 des Beschlusses-Nr. 0056 des Ältestenausschusses vom 28.11.2005 erledigt.

Antragstext:

4. Sowohl bei den Fraktionsanträgen als auch bei den Sitzungsvorlagen des Magistrats ist das Abstimmungsverhalten (Zustimmung, Ablehnung, Enthaltung) aller Fraktionen (ggf. von einzelnen Stadtverordneten) zu dokumentieren. Dies betrifft das Abstimmungsverhalten in der Stadtverordnetenversammlung (Tagesordnung I-III), in den Ausschüssen und in den Ortsbeiräten.

Ich habe diese Anregung im Hinblick auf mögliche kommunalverfassungsrechtliche Bedenken durch das Rechtsamt überprüfen lassen mit dem Ergebnis, dass eine Bekanntgabe von Details des Abstimmungsergebnisses nicht gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt.

Bevor eine Überprüfung über die digitale Realisierbarkeit (frühestens nach Abschluss der laufenden Migration des Kernsystems WinKoSi) dieser Maßnahme ggf. erfolgen kann, bitte ich um Auskunft, welche konkreten Informationsbestände (z. B. Abstimmungsergebnis, Parteien, etc) in welchem Umfang, in welcher Form und in welcher Informationstiefe über das PIWi den Bürgerinnen und Bürgern angeboten werden sollen.

Antragstext:

5. Das Politische Informationssystem Wiesbaden (PIWi) enthält künftig auch Angaben zu den Aufwandsentschädigungen der Mandatsträger/-innen sowie aus deren Tätigkeiten in kommunalen Kontrollgremien und Gesellschaften.

Die jeweiligen Aufwandsentschädigungen der ehrenamtlichen Mandatsträger sind in der Regel in kommunalen Rechtsvorschriften (z. B. Entschädigungssatzung, interne Vorschriften, etc.) festgelegt. Diese können nicht (da kein Bestandteil des Sitzungsdienstverfahren WinKoSi) direkt über das Politische Informationssystem Wiesbaden angeboten werden, jedoch über www.wiesbaden.de/Stadtrecht parallel zum PIWi. Bevor eine Überprüfung der digitalen Realisierbarkeit dieser Maßnahme möglich ist, bitte ich um detaillierte Benennung der konkreten Aufwandsentschädigungen mit zugehörigen Rechtsvorschriften, die veröffentlicht werden sollen.

Mit freundlichen Grüßen